

## Eskalation im Nahen Osten (I)

## Israel blieb nur die Flucht nach vorn

Von Gil Yaron, Tel Aviv

**E**s bleibt fraglich, ob der massive Schlag Israels gegen die Hizbullah-Lage verbessert hat. Schon Jahre für palestinische Terroristen Granaten und Raketen auf israelische Wohnorte. Der größte Militärraum des Nahen Ostens ist es bisher nicht gelungen, eine Antwort auf den Beschuss zu finden. Ein Abwehrsystem oder Schutzmauer kann Israel nicht vor den Raketen der Hamas nur wenige Kilometer pro Stück. Die Hamas könnte den Staat in den finanziellen Ruin schließen.

Die Antwort auf den Beschuss aus Gaza muss auf politischer Ebene gefunden werden. Israel erneut militärisch einzugehen Räumung der Siedlungen in Gaza vor zweieinhalb Jahren. Doch die Räumung wurde zum Triumphzug der Islamisten. Ähnlich wie die Hizbullah den einseitigen Rückzug Israels aus dem Libanon im Jahr 2000 als Schachzug gesehen hat. Heute muss die Räumung Gazas als Flucht inselndar. Es gibt weitere Parallelen: Genau so wie Überheblichkeit die Hizbullah 2006 dazu verleitete, Israel anzugreifen und den zweiten Libanon-Krieg zu provozieren, wurde die Hamas Opfer ihrer eigenen Propaganda. Sie glaubt, dass sie Israel besiegen und glaubt, dass Israel nicht zurückschlagen, sondern dass der jüdische Staat bei Islamisten zu Kreuze kriechen würde. „Dem israelischen Premier Olmert blieb nur die Flucht nach vorn. Zu oft wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht, ohne eine Entscheidung herbeizuführen. Aus jedem Unentschieden ging die Hamas moralisch gestärkt hervor, schließlich hatte sie einen Kampf mit der Militärmacht Israel überlebt. Deswegen musste der Vergeltungsschlag jetzt auffallen.“

Deswegen wird sich von nun auf ausreichend Zeit auf sich nicht darauf beschränken, Krieg gegen die Extremisten zu führen - Israel muss sich von allem um Frieden mit den Gemäßigten bemühen.

## Eskalation im Nahen Osten (II)

## Der Ruf nach den USA – ein Ritual

Von Markus Günther (Washington)

STEIGENDE ENERGIEKOSTEN  
„Der Stromkunde zahlt“

Die Grünen im Bundestag halten die angekündigten Preiserhöhungen im kommenden Jahr für ungerechtfertigt. Studie: Marktmacht der Konzerne treibt Gewinne und Kosten

Von Jürgen Polzin

**E**ssen. Teurer Strom trotz gesunkenen Rohstoffpreise? Die für das kommende Jahr angekündigten Preiserhöhungen der deutschen Energieversorger stehen bei den Grünen im Bundestag auf dem Prüfstand. Nach einer von ihnen in Auftrag gegebenen Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes liegt vor, dass die Marktmacht der vier großen Stromkonzerne, dass die Gewinne und Strompreis in den vergangenen Jahren nur eine Rüstung gegen die Kunden waren.

Laut Studie haben sich die Gewinne von Eon, RWE, EnBW und Vattenfall seit 2002 verdreifacht und „die Energieversorger knapp 100 Milliarden“ Euro beschert.

„Es herrscht nach wie vor kein echter Wettbewerb bei der Stromerzeugung“

Auch nach dem Rekordjahr 2007 und trotz der Finanzkrise hätten die Unternehmen in den ersten drei Quartalen ihr Gewinne um durchschnittlich elf Prozent gesteigert. „Die Gewinne entfielen dabei auf die Stromriesen Eon und RWE.“

Bezahlt hätten das vor allem die privaten Haushalte, folgert der Autor der Studie, Prof. Uwe Leptich: Seit 2000 habe sich für sie der Strompreis um rund 50 Prozent verteuert. Industriekunden müssten heute mehr als das Doppelte zahlen.

Millionen betroffen



Kostenspirale: Auch in 2009 sind Strompreiserhöhungen angekündigt. Foto: ddp

onschefin der Grünen, die Stu-

dien des Anstings geht dabei auf Steuern oder Abgaben zurück“, so Lepthich.

Nach Meinung der Saarbrücker Ökonomen ist diese Entwicklung vor allem auf die marktmächtige Stellung der vier großen Konzerne zurückzuführen. Deren Anteile bei der Stromerzeugung liegen laut über 80 Prozent. „Es steht in der Untersuchung, die ein Moratorium für die vier Konzerne beim Bau neuer Kraftwerke in Deutschland einsetzen, wie vor kein echter Wettbewerb bei der Erzeugung von Strom. Deswegen können die Konzerne vielfach schalten und wälzen“, kommentiert Bärbel Höhn, stellvertretende Prakti-

Das Deutschen größter

Energieversorger Eon sich im Zuge der Finanzkrise kräftig verschuldet haben könnte, vermutet Co-Autor Prof. Andy Haken. Mit fast 100 Milliarden Euro sei sein letzter Quartalsbericht die Verluste aus Währungskursdifferenzen sowie aus „derivativen Finanzgeschäften“ so groß geworden, worunter laut Juncker alles jenseits der klassischen Finanzgeschäfte“ zu verstehen sei. Um 77 Prozent seien die gekürzten Netzentgelte nicht als Preissteigerung in die Verbraucher weitergegangen. Die Gleichen gelte für die gefallenen Börsenwerte der Emissionszertifikate, die bis 2007 kostenlos an die Energieversorger ausgeteilt und eingepreist wurden.

## DIE ANDEREN

## Süddeutsche Zeitung

## zu Israel

Israels Militäroperationen sind das Lebenselixier der 1987 gegründeten Hamas. Israels Armee-Einsätze liefern ihr die Existenzberechtigung. Das Gleiche gilt ganz einfach: Gelingt es den Wählern in Wahlen zu Strafen, gäbe es keine mächtige Hamas.

## Neue Westfälische (Bielefeld)

Dann auf beiden Seiten nicht die Vernunft, sondern der Wahnsinn regiert, hat sich am Wochenende gezeigt. Seit Jahrzehnten sind israelisch-palästinensischen Konflikt nicht mehr so viele Menschen an einem einzigen Tag getötet wie gekommen wie an diesem Samstag. Richtig ist es, nun einen Waffenstillstand zu fordern.

## Westdeutsche Zeitung (Düsseldorf)

## zu Steinmeier

Zu allem Überfluss fällt Steinmeier noch mit einer Initiative auf, mit der er sich als Talkshow-Moderator bewerben könnte: Er bietet nach der Attacke des EKD-Ratsvorsitzenden Hubert Gerhard die Bank-Chef Ackerblum ein Gesprächsrunde zwischen Bischöfen und Managern an.

## UNSERE LESEN

## Zu „Deutsche Bank verärgert über Huber-Kritik“

Danke an Bischof Huber für das klare und abgebrachte Wort! Klar, dass Herr Ackerblum und die Deutsche Bank falsch liegen. Die EU hat über die Märkte gespielt, von solchen missverstandenen Profitzielen abzurücken – spätestens jetzt, wo dieses Fehlverhalten nach dem Zusammenbruch der Märkte immer klarer wurde. Hans D. Weitemann, Essen

## Zu „Americas oder unser Problem“

Warum sollen wir eigentlich immer den Dreck der Amerikaner regen, nachdem sie in ihrer grenzenlosen Arroganz als Weltmacht verschuldet haben? Die Haltung ist absurd, aber die Verantwortung liegt bei den Amis, dazu kommt, dass wir genug eigene Probleme haben. Lothar Blum, E-Mail

Mein Vorschlag zur Lösung des Problems der Guantánamo-Häftlinge: Man schüle die verbliebenen Inhaftierten zu Cowboys und schicke sie auf die Texas-Ranch von George W. Bush jun.! Helmut Horten, E-Mail

## GLOSSIERT

## Entwicklungstufen

Je nach Standpunkt mag man es bedauern – doch Kinder werden in so schnell groß.